

Von: AfDexit AfD Verbot kontakt@afdexit.de

Betreff: Dringender Appell: Gemeinsames Handeln gegen politische Erpressung und für den Schutz unserer Demokratie

Datum: 04/09/2024, 19:26:30

An: fraktion@cducsu.de, frakmail@spdfraktion.de, info@gruene-bundestag.de, fraktion@linksfraktion.de, dialog@fdpbt.de, [REDACTED]

Kopie: Redaktion SZ redaktion@sz.de, Leipziger Zeitung redaktion@l-iz.de, TAZ Bremen redaktion@taz-bremen.de, TAZ HH redaktion@taz-nord.de, redaktion@sueddeutsche.de, redaktion@abendzeitung.de, digital@morgenpost.de, kundenservice@medienhausaaachen.de, kontakt@welt.de, leserservice@tagesspiegel.de, info@faz.de, kundenservice@fr.de, kundenservice@handelsblatt.com, hamburg@mopo.de, leserservice@thueringer-allgemeine.de

Blindkopie:

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen sehen wir uns in einer äußerst beunruhigenden politischen Lage. Die demokratischen Parteien stehen vor einer Herausforderung, die nur durch gemeinsames und entschlossenes Handeln gemeistert werden kann.

Das Bündnis für Sarah Wagenknecht (BSW) hat signalisiert, eine Koalition mit der CDU eingehen zu wollen, jedoch unter Bedingungen, die stark an Erpressung erinnern. Dass die CDU bisher auf Konfrontationskurs geht, ist ein positives Zeichen. Doch wie lange kann und wird sie diesem Druck standhalten?

Es kann und darf nicht sein, dass eine Landesregierung auf der

Grundlage von Forderungen gebildet wird, die das Leid und den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf nehmen. Das BSW fordert von der CDU nichts weniger als die Unterstützung eines politischen Kurses, der die Ukraine auffordert, ihren Widerstand gegen die russische Aggression aufzugeben. Ein aufmerksamer Beobachter erkennt hier die Nähe des BSW zu Putin und dem Kreml.

Einmalige Erpressung wird stets zu weiteren führen. Dies gilt nicht nur für die CDU, sondern auch für andere demokratische Parteien wie die SPD, die Grünen, die FDP und die Linke. Es ist entscheidend, dass sich keine dieser Parteien den politischen Zielen der AfD oder dem BSW unterwirft, nur um kurzfristige politische Vorteile zu sichern.

Im Rahmen unserer Petition haben wir im vergangenen Jahr bereits

über 400 E-Mails an Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien gesendet und auf diese bedrohliche Entwicklung hingewiesen. Leider blieb dies ohne die notwendige Resonanz. Nun stehen wir vor einem politischen Scherbenhaufen, der nicht zuletzt durch das Festhalten an Machtpositionen entstanden ist.

Deshalb appellieren wir an alle demokratischen Parteien: Gehen Sie auf uns zu, lassen Sie uns in den Dialog treten und gemeinsam Lösungen finden. Die Antwort liegt seit langem auf dem Tisch, doch es braucht Rückgrat, um diesen Weg zu beschreiten. Rückgrat, das viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land schon lange zeigen.

Lassen Sie uns über ein Verbot der AfD sprechen und wie wir dieses möglichst schnell umsetzen können. Wir haben konkrete Ideen, die Kompromisse erfordern, aber dennoch für alle Seiten tragbar sind.

Wir dürfen keine weiteren zehn Jahre untätig zusehen, wie die AfD sich weiter etabliert. Es ist an der Zeit, entschlossen und konsequent zu handeln.

Wir bitten Sie daher erneut eindringlich, Rückgrat zu zeigen und mit uns in Kontakt zu treten. Unsere Demokratie und unsere Freiheit stehen auf dem Spiel.

Kontaktieren Sie uns gerne unter: kontakt@afdexit.de

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Schulze
Mitglied im Bündnis AfDexit

www.afdexit.de

Petition AfD-Verbot: <https://www.change.org/AfD-Verbot-Jetzt>